

# Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände



## Pressemitteilung

18. August 2022

### Kommunale Spitzenverbände veröffentlichen aktuelle Finanzdaten

### Hohe Defizite der Kommunen in den Jahren 2022 und 2023 – Mehr Mittel für Klimaschutz und ÖPNV notwendig

Die Finanzlage der Kommunen verschlechtert sich. Für das laufende Jahr rechnen die kommunalen Spitzenverbände mit einem Defizit von 5,8 Milliarden Euro. Auch 2023 ist keine Besserung in Sicht. Das geht aus einer aktuellen Prognose des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes für die Kommunalfinanzen bis zum Jahr 2025 hervor.

Zu den heute veröffentlichten Daten sagten der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe, Münster, der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager, Kreis Ostholstein, und der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bürgermeister Ralph Spiegler, Verbandsgemeinde Nieder-Olm: **„Die Phase zwischen den finanziellen Begleiterscheinungen der Corona-Krise und des Ukraine-Krieges war für die Kommunalhaushalte zu kurz, um festen Stand zu gewinnen. Selbst wenn der Ukraine-Krieg nicht zu weiteren Einbrüchen der Wirtschaftsleistung führt, werden die Kommunalhaushalte durch Defizite, real sinkende Investitionen und einen Vermögensverzehr gekennzeichnet sein. Wir werden Unterstützung von Bund und Ländern benötigen. Investitionen in Klimaschutz und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs haben für uns hohe Priorität. Ohne dauerhaft verbesserte Finanzausstattung auch durch einen größeren Anteil am Steueraufkommen können die Kommunen diese Investitionen nicht aus eigener Kraft finanzieren.“**

Die Präsidenten machten deutlich, dass die Kommunen in dieser Situation auch keinen finanziellen Spielraum für neue Aufgaben haben. Um Defizite in den Haushalten zu begrenzen, seien viele Kommunen in den kommenden Jahren gezwungen, wieder Investitionen einzuschränken – obwohl dies langfristig Nachteile mit sich bringt und zu höheren Kosten führt. Die Investitionen im vergangenen Jahr stagnierten. 2022 wird ein Anstieg um rund 8 Prozent bzw. 3 Milliarden auf 37,4 Milliarden Euro erwartet. Anschließend ist nur noch mit geringen Zuwächsen zu rechnen. Das reale Investitionsvolumen schrumpft also.

Die kommunalen Einnahmen steigen in den kommenden Jahren trotz abgesenkter Wachstumsaussichten stärker als die kommunalen Spitzenverbände das bisher erwarten konnten. Überschüsse für die Kommunen sind dennoch nicht zu erwarten. Denn die Ausgaben steigen inflationsbedingt noch stärker und reguläre Zuweisungen an die Kommunen halten nicht in gleichem Maße Schritt.

Eine verlässliche detaillierte Prognose der kommunalen Finanzlage für die kommenden Jahre ist derzeit schwierig. Das liegt vor allem an der Ungewissheit darüber, welche wirtschaftlichen Folgen der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine noch haben wird und wie die Wirtschaft auf die Maßnahmen gegen die Inflation reagiert.

### **Schwarze Zahlen sind nicht in Sicht**

Im Jahr 2021 schloss der Gesamthaushalt der Kommunen in den Flächenländern noch mit einem Überschuss von rund 3 Milliarden Euro ab. Das liegt an den stark gestiegenen Steuereinnahmen und leicht gesunkenen Investitionen. 2022 und 2023 ist jedoch mit Finanzierungsdefiziten von mehr als 5 Milliarden Euro zu rechnen. 2024 und 2025 kann das Defizit voraussichtlich verringert werden, schwarze Zahlen sind aber nicht in Sicht.

Dazu warnen die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände: **„Die steigenden Energiepreise betreffen uns alle, am meisten aber die Menschen, die ohnehin mit jedem Euro rechnen müssen. Die aktuelle Energiekrise birgt Gefahren für den sozialen Zusammenhalt. Gerade jetzt müssen wir alle gemeinsam darauf achten, dass in dieser kritischen Situation die öffentliche Hand weiterhin einen guten Job machen kann. Dabei sind die Kommunen und ihre Unternehmen der Daseinsvorsorge vor Ort besonders gefragt. Finanziell handlungsfähige Kommunen sind in Krisen entscheidend. Das müssen Bund und Länder im Blick behalten. Eine angemessene Finanzausstattung ist dafür dringend notwendig.“**

Kontakt:

Deutscher Städtetag, Volker Bästlein, Pressesprecher, Tel.: 0 30/3 77 11-130

Deutscher Landkreistag, Dr. Markus Mempel, Pressesprecher, Tel.: 0 30/59 00 97-312

Deutscher Städte- und Gemeindebund, Alexander Handschuh, Pressesprecher, Tel.: 0 30/7 73 07-253